

**HESSISCHER LANDTAG**

04.12.2006

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen***Änderungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 16/6338 zu Drucksache 16/6011**

Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel: 15 Allgemeine Bewilligungen Verkehr
Buchungskreis: 2699

Produktnummer lt. Leistungsplan: 10

Produktbezeichnung lt. Leistungsplan: Förderung des ÖPNV-Angebotes

Leistungsplan:	Veränderung		
	von EUR	um EUR	auf EUR
Menge	478.266.000	20.000.000	498.266.000
Produktabgeltung	20.400.000	20.000.000	40.400.000

**Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Resthaushalt sind
entsprechend anzupassen.**

Begründung des Änderungsantrags:

Die CDU-SPD geführte Bundesregierung hat mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2007 die für das Land Hessen vorgesehenen Regionalisierungsmittel um 41,5 Millionen Euro gekürzt. Die hessische Landesregierung hat dieser Kürzung der ÖPNV-Mittel im Bundesrat zugestimmt. Die Landesregierung hat nur eine Teilkompensation dieses Mittelrückgangs von 23,4 Millionen Euro im vorgelegten Haushaltsentwurf vorgesehen. Dadurch haben die Verkehrsverbände als Notmaßnahme spürbare Einschnitte in das Angebot und dramatische Preiserhöhungen von 5,9 Prozent im RMV und NVV sowie 5,4 Prozent im VRN ab dem Fahrplanwechsel am 9.12.2006 angekündigt.

Durch die Aufstockung der Mittel ist die Kürzung der Regionalisierungsmittel vollständig kompensiert. Die Fahrpreiserhöhung und die Angebotsreduzierung wären somit nicht notwendig.

Wiesbaden, 04.12.2006

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir